

# Schengen heisst: mehr Kriminelle und Illegale und weniger Sicherheit!

von Walter Wobmann, Nationalrat, Gretzenbach (SO)

Bei einem Beitritt zum Schengen-Abkommen dürften an der Schweizergrenze keine Kontrollen mehr durchgeführt werden. Selbst auffällig verdächtige Personen dürften an der Grenze nicht mehr angehalten werden, ein Aufsichtstragen eines gültigen Ausweises entfielen also. Im Hinblick auf unser sehr gut ausgebautes und großzügiges Sozialnetz, die relativ lasche Handhabung der Strafgesetze (vor allem bei Ausländern) und die hotelähnlichen Gefängnisanlagen, ist dies eine eigentliche Einladung für Kriminelle und Illegale in unser Land einzureisen. Die Sicherheit unserer Bevölkerung würde also um ein Vielfaches reduziert. Das kann und darf nicht hingenommen werden! Heute wird unsere Grenze von erfahrenen Grenzwächtern kontrolliert und zwar mit grossem Erfolg. Die neusten Zahlen vom Jahr 2004 beweisen dies eindrücklich: Über 35'000 Personen wurden festgehalten und zur Verhaftung an die Polizei übergeben. Das entspricht einer Zunahme von 30% innert fünf Jahren. Gegen 7'000 Illegale und 1880 Personen mit gefälschten Ausweisen gingen den Grenzwächtern ins Netz. Weiteren 88'735 Personen wurde die Einreise verweigert, weil die Einreisevoraussetzungen nicht erfüllt waren. Das Grenzwachtkorps konnte auch 269 Kilo Kokain beschlagnehmen, was einem noch nie da gewesenen Rekord darstellt. Wer angesichts solch erdrückenden Zahlen die Abschaffung der Personenkontrollen fordert und noch glaubt, dadurch mehr Sicherheit zu erlangen, ist entweder naiv oder handelt hochgradig verantwortungslos und hat das Ziel, unser Land ins Verderben zu führen. Von den Befürwortern wird die Fahndung im Hinterland, die so genannte Schleierfahndung, als Alternative zu den heutigen Grenzkontrollen angepriesen. Diese Methode muss mit dem Suchen einer Nadel im Heuhafen verglichen werden. Dazu bräuchte es einen viel grösseren Polizeiapparat mit entsprechend mehr Kontrollen und Überwachungen. Darunter würden vor allem viele unbescholtene Schweizer Bürgerinnen und Bürger leiden. Der Polizeistaat lässt grüssen. Ebenfalls müsste die ganze Kostenfrage wegen der höheren Polizeipräsenz und die Frage der Kantonskompetenzen auch noch geklärt werden. Zu bedenken ist weiter, dass heute innerhalb der EU die Abschaffung der Schleierfahndung intensiv diskutiert wird. Dies würde dann die Kriminellen und die Illegalen sehr erfreuen - die Bevölkerung der Schengen-Länder allerdings weniger.

Wenn in den heutigen Schengen-Ländern Grossanlässe oder spezielle Ereignisse stattfinden (G8-Gipfel 2003 in Evian, Terroranschlag März 2004 in Madrid, Prinzenhochzeit am 22. 5. 2004 in Spanien oder die Fussball-EM „04 in Portugal) werden die Grenzkontrollen wieder eingeführt. Also immer dann, wenn sich Schengen bewähren sollte, wird das System als untauglich erkannt und ausser Kraft gesetzt. Da müssen doch jedem normaldenkenden Menschen die Alarmglocken auf der höchsten Stufe läuten. Schengen bringt schlicht und einfach weniger Sicherheit.

Bei offenen Grenzen würden wir uns der Politik der EU-Staaten völlig aussetzen. Beispiel: Am 3. März 2000 hat der damalige deutsche Staatsminister im auswärtigen Amt von Joschka Fischer einen folgenschweren Erlass gefällt. Er wollte den Bürgern aus Nicht-EU-Staaten die Einreise erleichtern. Darum sollte bei der Visaerteilung viel grosszügiger verfahren werden. Die Konsulatsbeamten in Kiew, Moskau, Tirana oder Pristina wurden kreidenbleich ob der unglaublichen Idee und warnten anfangs vergeblich. Dieser von rot-grüner Seite ausgedachte Erlass war ein eigentlicher Freibrief für Zuhälter, Prostituierte, Menschenhändler und Schwarzarbeiter in den Westen, sprich ins gelobte Land zu gelangen. Auch wenn dieser Erlass mit den katastrophalen Folgen inzwischen wieder zurückgenommen werden musste, zeigt es doch überdeutlich, wie gefährlich ein Schengen-Beitritt sein könnte. Wir dürfen und können uns nicht den Launen und den Phantasien einiger Sozialromantiker in unseren Nachbarstaaten ausliefern.

Die EU-Aussengrenze ist heute schon bei Ländern der ehemaligen Sowjet-Union und würde bei einem absehbaren Beitritt der Türkei sogar an der Grenze zu Iran und zum Irak verlaufen. Dass diese Grenzen, an welchen die Korruption mehr als blüht, löchrig wie ein Emmentaler Käse ist, kann wohl als unbestritten betrachtet werden.

Die Schweiz muss und will auch im Sicherheitsbereich mit dem umliegenden Ausland eng zusammenarbeiten. Mit speziellen Abkommen funktioniert dies heute schon hervorragend. Das Grenzwachtkorps hat heute schon Zugang zum „Schengen Informationssystem SIS“. Falls noch

Lücken bestehen, können diese durch weitere Verhandlungen im gegenseitigen Interesse noch geschlossen werden. Dazu braucht es bestimmt nicht den Beitritt zum Schengen.-Abkommen, welches den Weg freimachen würde für mehr Kriminelle und mehr Illegale und somit für viel weniger Sicherheit für unser Land und unserer Bevölkerung.